

Aktionsgemeinschaft **Agrarwende** Newsletter Nordhessen e.V.

Nr. 4 / April 2024

7. Jahrgang



Renaturierungsgesetz der EU

Lobbyisten und Konservative geben nicht auf

Eine entscheidende Hürde war genommen, wenn auch mit Blessuren in Form von Kompromissen: Das EU Parlament hatte gegen den Widerstand auch der EVP das Renaturierungsgesetz (Nature Restoration Law) verabschiedet. Ein Stufenplan für die Wiederherstellung von Lebensraum für Insekten, mehr Bio-Diversität, Klimaschutz. Es sollten finanzielle Anreize für kleine Höfe geschaffen werden und Umweltkriminalität schärfer geahndet werden.

Doch dann stellte sich eine Opposition aus konventioneller Bauernlobby, Klimaleugnern und Neoliberalen quer und erzwang einen seltsamen „Kompromiss“. Bei der Gefährdung der Ernährungssicherheit kann das Gesetz außer Kraft gesetzt werden. D.h., vom Getreidepreis auf dem Weltmarkt hängt die Erholung der Umwelt ab.

„Erst eine Bestäuber Population aufbauen, um ihr dann nach Maßgabe des Getreidepreises den Lebensraum zu entziehen“, sei weder im gesellschaftlichen noch im landwirtschaftlichen Interesse, sagt Bernd Osterburg vom Thünen Institut.

Tatsache ist: Allein die entstehenden Schäden durch die Verschlechterung der Bodenqualität betragen derzeit etwa 50 Milliarden Euro jährlich! Das ist mehr, als die Renaturierung insgesamt kosten würde. Zum Redaktionsschluss scheint alles wieder in der Schwebe. Aus Angst vor radikalen Bauern kuschen Politiker und gefährden unsere Zukunft.

[Unser Beitrag erklärt Hintergründe.](#)

Protest geht anders

Liebe Leserin, lieber Leser,

es gibt Menschen, die wählen rechtsextrem, um „denen da oben“ mal „einen Denktzettel zu verpassen“. Eine ganz, ganz schlechte Idee.

Klar, viele sind überfordert mit den Anforderungen, die Klimakrise und Umweltprobleme an die Gesellschaft und damit auch an den Einzelnen stellen. Es soll halt einfach alles so bleiben wie es ist. Genau das versprechen ultrakonservative oder rechtsextreme Parteien, die sonst meist wenig bis nichts zu bieten haben. Aber: Augen zu und durch funktioniert nicht mehr. Das gilt erst recht für die Landwirtschaft.

Deren Richtlinien und Verordnungen werden in Brüssel gemacht, doch wird Fortschritt zunehmend aus wirtschaftlichen oder ideologischen Gründen torpediert. Die Glyphosat-Zulassung z.B. wurde so mir nichts dir nichts um 10 weitere Jahre verlängert – gut, in diesem Falle waren es neoliberale FDP'ler, die ein endgültiges Verbot verhindert haben.

Jetzt haben sich diese Kräfte auf das Renaturierungsgesetz eingeschossen. Deutliche Kritik dazu in der Pressemitteilung des Grünen im EU Parlament, Martin Häusling (Link am Ende dieses Newsletters).

Im Umweltschutz müssen die Dinge zusammen gedacht werden. Ein Beispiel: Der Humusgehalt in Ackerböden nimmt Jahr für Jahr ab. Das hat weitreichende Konsequenzen. Die UN-Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation FAO sagt, die Böden der Erde könnten nur noch für etwa 60 Erntejahre ausreichende Erträge liefern.

Denken Sie daran bei Ihrer Wahl!

Erholsame Feiertage wünscht

Andreas Grede
Vorstand und Sprecher der AGA Nordhessen



Hier wird auch festgelegt, was auf unseren Tellern landet

Für Verbraucherinnen und Verbraucher scheint Brüssel erst mal weit weg, EU-Politik ist aber für die meisten in der Landwirtschaft arbeitenden Menschen unmittelbar spürbar. Ein Großteil der Gesetze in Deutschland hat ihren Ursprung in der EU. Die Gemeinsame Agrarpolitik der EU (GAP) unterstützt Landwirt:innen durch Direktzahlungen aus den Mitteln des EU-Haushalts.

Manches ist kompliziert, anderes aber auch wieder recht einfach. Mit unseren Stimmen bei der

Europawahl am 9. Juni stellen wir die Weichen für den Umwelt- und Klimaschutz und können gleichzeitig verhindern, dass die Kräfte rechtsextremer Parteien, die unsere Demokratie gefährden, nicht noch stärker werden. [Gute Argumente in unserem Beitrag zur EU Wahl.](#)

1. Mai – wir sind dabei!

Im Umweltschutz müssen die Dinge zusammen gedacht werden. Etwa, welche Kosten durch Unterlassung entstehen. Das gilt auch für soziale Leistungen. Wer Kinder in Armut belässt (wie jüngst der Paritätische berichtete), verbaut Zukunftschancen – auch für die Gesellschaft. Bildung und Teilhabe sind ganz wesentliche Faktoren für ein Leben, in dem eine gesunde Umwelt überhaupt relevant sein kann.

Deshalb beteiligt sich die AGA dieses Jahr mit einem Info-Stand auch an der 1. Mai Kundgebung des DGB an der **Edersee-Staumauer**. Der Kreisverband der Gewerkschaft lädt dort **ab 10 Uhr** ein zur Kundgebung. Da der Tag der Arbeit aber auch ein Feiertag ist, gibt es ein buntes Programm mit Musik und Überraschungen und auch Speisen und Getränken. **Gerne vorbeikommen!**



Petition: 0 % MwSt. auf pflanzliche Lebensmittel

Mit der Mehrwertsteuer-Reform im Oktober 2021 wurde vom EU-Parlament die Voraussetzung dafür geschaffen, Lebensmittel, die für Mensch und Klima gesund sind, zu vergünstigen. In der [Petition](#) fordert Greenpeace in einem offenen Brief Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) dazu auf, die Bevölkerung zu entlasten, indem er die Mehrwertsteuer auf pflanzliche Lebensmittel auf null setzt.



Parkinson durch Pestizide

Ganz nüchtern informiert agrarheute.com über die Tatsache, dass der Ärztliche Sachverständigenbeirat (ÄSVB) eine Aufnahme des Parkinson-Syndroms durch Pestizide in die Liste der Berufskrankheiten empfohlen hat. Das hat einige sozialversicherungsrechtliche und damit finanzielle Konsequenzen. Man darf gespannt sein, wie der Bauernverband reagiert, der Pestizide ja unverdrossen als „Pflanzenschutzmittel“ bezeichnet und deren Einsatz als unverzichtbar erklärt.



Gegen das Vergessen

Sonntag jährt sich die furchtbare Brandkatastrophe von Alt Tellin zum dritten Mal. Über 50.000 Schweine starben qualvoll. Solche Tragödien zeigen, dass der Brandschutz in Tierhaltungsanlagen dringend verbessert werden muss. [PROVIEH fordert politische Maßnahmen](#) im Tierschutzgesetz!

Mehrwert sollte belohnt werden

Dass biologisch wirtschaftende Landwirte und Landwirtinnen einen Mehrwert für die Allgemeinheit schaffen, indem sie auf Pestizide und intensive Bewirtschaftung verzichten, wird bisher nicht belohnt. Das sollte sich ändern. Statt die durch die Landwirtschaft entstandenen Schäden zu berechnen, setzt die Regionalwert-Leistungsrechnung bei der Vermeidung von Schäden an. Einige Verbände, darunter die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), setzen sich zum Beispiel für eine entsprechende Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) ein. Sie fordern, dass die EU-Agrarforderungen künftig an Gemeinwohlleistungen gebunden werden. [Ein wegweisender Beitrag](#) in der Zeitschrift SCHROT UND KORN.



Zugeständnisse

In einem Eilverfahren fällten die EU-Agrarminister am vergangenen Dienstag eine Entscheidung, mit der sie die Umweltauflagen für EU - Subventionen drastisch aufweichen und damit wichtige Fortschritte für den Erhalt von Artenvielfalt und Klimaschutz aufgeben. Martin Häusling, agrarpolitischer Sprecher der Grünen im Europa-Parlament, spricht von einem Ablenkungsmanöver und Zugeständnis konservativer Kräfte an Krawallmacher, um Landwirtinnen und Landwirte vor der anstehenden Europawahl von der Straße zu bekommen. [Seine Presseerklärung im Wortlaut.](#)



Foto: Warlich

Tag der Erde

Wie immer am vorletzten Sonntag im April findet wieder der Tag der Erde statt, diesmal in Bettenhausen. Es gibt viel zu Erleben, auch für Kinder. Die AGA-Nordhessen ist natürlich wieder mit ihrem Infostand vertreten. Wir freuen uns viele persönliche Begegnungen und Gespräche.

